



Kap. 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

Rogall
2011

Prof. Dr. Holger Rogall



- 18.1 Einkommensverteilung
- 18.2 Gefahren und Ursachen ungleicher Verteilung
- 18.3 Theoretische Einbettung
- 18.4 Institutionelle Gegebenheiten und Lohnstrategien
- 18.5 Staatliche Umverteilungsstrategien
- 18.6 Vermögensverteilung
- 18.7 Bildungs- und Integrationspolitik

Ziel des Kapitels: Vermittlung der Bedeutung einer gerechten Verteilung
Stand: 21.12.2010

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

1/43



Bedeutung einer gerechten Einkommensverteilung

Rogall
2011

Wie wir noch sehen werden ist eine gerechte (relativ gleiche) Verteilung von Einkommen eine der wichtigsten Faktoren für die sozial-kulturellen Ziele einer nachhaltigen Marktwirtschaft.

Die Lebensqualität, Gesundheit, innere Sicherheit, Chancengleichheit, der Bildungsstandard, alles hängt mit der Einkommensverteilung zusammen (Wilkinson, Pickett 2009).
Damit gehört sie zu den zentralen Aufgaben des Staates

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

2/43



Formen der Verteilung

Rogall
2011

Primäre Einkommensverteilung:

Alle Einkommen, die durch den Verkauf von Gütern oder Produktionsfaktoren entstehen (*Bruttoeinkommen*):

- (1) Einkommen aus Unternehmertätigkeit (Kapital, Vermietung usw.)
- (2) Tätigkeiten aus abhängiger Beschäftigung (Arbeitnehmerentgelte).

Beide zusammen = **Volkseinkommen** (BMAS 2010):

1970: 282 Mrd. €
1980: 609 Mrd. €
1990: 1.088 Mrd. €
2008: 1.884 Mrd. €

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

3/43



Entstehung und Verteilung von Einkommen

Rogall
2011

Sekundäre Einkommensverteilung:

In einer sozial-ökologischen Markt- oder Gemischtwirtschaft greift der Staat in die Einkommensverteilung ein, erhebt:

- (1) Abgaben (Steuern und Sozialabgaben) und
- (2) zahlt an die Haushalte soziale Transfers, an die Unternehmen Subventionen.

Die Summe wird **verfügbare (Netto-) Einkommen** (= sekundäres Einkommen) genannt.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

4/43



Entwicklung der Lohneinkommen

Tabelle: Entwicklung der Einkommen je Arbeitnehmer (€ pro Jahr)

	1950	1960	1970	1980	1990	1993	2000	2009
Brutto	1.500	3.075	7.086	15.065	20.603	22.676	25.150	27.746
Netto-real	4.900	8.250	13.512	16.275	17.005	17.280	16.217	17.241

→ Die Brutto- und **Netto-realverdienste***: sind von 1950 bis 1993 stark gestiegen.

Seitdem sind sie **gefallen** (2009).

* **Netto-realverdienste** = **Bruttoeinkommen** - Inflationsrate – Abgaben.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1, BMAS 2010: 1.13 u. 1.15 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 5/43



Messung der Einkommensungleichheit

Rogall
2011

(1) Vergleich der 10 oder 20% Einkommensstärksten mit den -schwächsten 10 oder 20%: (sog. **Lorenzkurve**)*

Die Einkommensstärksten verfügen in Deutschland: > **50%** der Gesamteinkommen, die Einkommenschwächsten: **1%**

Bewertung: Zwischen 1984 und 2000 waren keine markanten Änderungen der Einkommensungleichheit festzustellen. Im Jahr 1991 bezogen die obersten 10% zusammen 22,4% aller Einkommen und die untersten 10% 3,1%.

Seitdem ist die Ungleichheit **beträchtlich gestiegen**. Im Jahr 2008 hatte diese Ungleichheit auf 25,0% zu 2,8% zugenommen.

* Es existieren keine Daten über die 1% reichsten Menschen der Bundesrepublik.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 6/43



Personelle Einkommensverteilung: Maße der Ungleichheit

Rogall
2011

(2) **Gini-Koeffizient:**

Der GK ist ein allgemeines Ungleichheitsmaß, von Null bis Eins. Je näher der Wert an der Null liegt, desto gleichmäßiger und je näher der Wert an der Eins liegt, desto ungleichmäßiger sind die Einkommen verteilt.

Bewertung: Auch die Entwicklung des Gini-Koeffizienten zeigt eine zunehmende Ungleichheit seit der Jahrtausendwende

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 7/43



Personelle Einkommensverteilung: Maße der Ungleichheit

Rogall
2011

(3) **Armut-Quote:**

Die AQ gibt an, wie viel Prozent der Bevölkerung als Arm gelten (über weniger als 60% des mittleren Einkommens – Median – verfügen, in Deutschland 2009: 925 € ein Single, 1943 € Familie mit zwei Kindern).

Bewertung: In Deutschland lebten 2008 11,5 Mio. Menschen (14%) in Armut. Besonders eklatant, ist hierbei die Tatsache, dass 50% aller Kinder bis zu drei Jahren unter das Armutsrisiko fallen. In der EU-27 2008 17% von Armut bedroht, am stärksten betroffen waren Lettland (26%), Rumänien (23%), Bulgarien (21%)

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 8/43



Personelle Einkommensverteilung: Maße der Ungleichheit

Rogall
2011

(4) Anteil der im Niedriglohnssektor beschäftigten

Arbeitnehmer:

Als Niedriglohnssektor werden alle Beschäftigtenverhältnisse angesehen, in denen die Arbeitnehmer weniger als zwei Drittel des Medianes aller Löhne verdienen.

Bewertung: Hier hat Deutschland eine besonders negative Entwicklung zu verzeichnen. So stieg die Quote der im Niedriglohnssektor beschäftigten Erwerbstätigen von 15% (1995) auf 21% (2008)

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

9/43



Personelle Einkommensverteilung: Maße der Ungleichheit

Rogall
2011

(5) Überschuldung: Ein Haushalt ist Ü., wenn der Kapitaldienst für die

Schulden (Zinsen + Tilgung) nicht mehr durch die laufenden Einnahmen (nach Abzug der laufenden Ausgaben) gezahlt werden kann.

Bewertung: Die Überschuldung nimmt in Deutschland tendenziell zu (1999 zu 2002 von 2,8 Mio. auf 3,1 Mio.). In einigen sozialen Brennpunkten beträgt die Überschuldungsquote (Anteil an allen Haushalten) über 15% aller Haushalte. In einigen Stadtteilen Berlins beträgt die Überschuldungsquote über 30% (Nord-Neukölln, Beuseckietz). Die Hauptursachen sind Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen, Scheidungen, gescheiterte Selbstständigkeit.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

10/43



Personelle Einkommensverteilung: Maße der Ungleichheit

Rogall
2011

(6) Vergleich der Einkommensentwicklung ausgewählter

Berufsgruppen, z.B. *Vorstandsgehälter der 30 Dax*

Unternehmen und der Arbeitnehmer.

Die Einkommen der Vorstände der Dax-Unternehmen sind zwischen 1987 und 2007 im Durchschnitt von 0,446 Mio. Euro auf 3,3 Mio. Euro um 650% gestiegen, während die Einkommen der Arbeitnehmer um ca. 37% zunahm (Müller, Niebert 2009: 247).

Die Netto-Real-Verdienste der Arbeitnehmer sind zwischen 1993 und 2009 um 10% zurückgegangen.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

11/43



Personelle Einkommensverteilung: Maße der Ungleichheit

Rogall
2011

(7) Entwicklung der Lohnquote in den OECD-Staaten*


(Anteil der Löhne am Volkseinkommen):

- Nach dem 2. Weltkrieg: relativ konstant.
 - In den 1970er J.: deutliche Zunahme.
 - Seit 1980er J.: stetige Abnahme (Ausnahme Wendezeit)
- Lohnquote in der EU-15: von 76% auf 66% gefallen.
Deutschland: von 63% (1975) auf 55% (2008) gefallen.

*Um die Entwicklung der Einkommen der Arbeitnehmer im Verhältnis zu den Einkommen der Selbstständigen und Kapitaleinkommensbezieher vergleichen zu können (Anteil der Löhne am Volkseinkommen).


Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

12/43



Kap. 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

Rogall 2011 Prof. Dr. Holger Rogall

 Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

18.1 Einkommensverteilung

➔ **18.2 Gefahren und Ursachen ungleicher Verteilung**

18.3 Theoretische Einbettung

18.4 Institutionelle Gegebenheiten und Lohnstrategien


18.5 Staatliche Umverteilungsstrategien

18.6 Vermögensverteilung

18.7 Bildungs- und Integrationspolitik

Ziel des Kapitels: Vermittlung der Bedeutung einer gerechten Verteilung
Stand: 21.12.2010

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 13/43




Gefahren ungleicher Verteilung

Rogall 2011

- (1) **Gesellschaftliche und politische Instabilität** (Gefühl der Ungerechtigkeit, Zunahme radikaler Strömungen, Verlust gesell. Institutionen, ethische Normen)
- (2) **Sinkende Lebenserwartung und Lebenszufriedenheit** (Kompensationshandlungen wie Drogenkonsum)
- (3) **Gefährdung der inneren Sicherheit** (Verlust des öffentl. Raumes)
- (4) **Geringer Bildungsstandard und Leistungsmotivation** (Prekariat):
- (5) **Verödung von Regionen**
- (6) **Sinkende Gesamtnachfrage** (absolute Einkommenshypothese).

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 14/43




Zwischenfazit

Rogall 2011

Das Ausmaß der Ungleichheit in einer Gesellschaft weist eine sehr hohe Korrelation mit der physischen und psychischen Gesundheit, der Lebenserwartung, der Fettleibigkeit, dem Drogenkonsum, dem Zufriedenheits- und sozialem Sicherheitsgefühl der Bürger auf.

Umso ungleicher eine Gesell. ist desto schlechter ist es tendenziell um die sozial-kulturellen Indikatoren der Nachhaltigkeit bestellt. Am schlechtesten geht es hierbei in allen Ländern den Menschen mit geringem sozialen Status, sie sind nicht nur besonders unzufrieden, sondern schneiden auch bei den Gesundheitsindikatoren besonders schlecht ab. Die relativ egalitären Gesell. Skandinaviens, der Niederlande u. Japan haben eine relativ hohe Lebenserwartung, Gesundheitsstandard und niedrige soziale Probleme, die USA, Portugal und UK die höchsten Probleme.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 15/43




Armut

Rogall 2011

- Besonders bedrohlich für die gesellschaftliche Kohäsion wird eine zunehmende Verteilungsungleichheit wenn hierdurch ein größer werdender Anteil von Menschen in die relative Armut gerät (<60% des durchschnittlichen Einkommens ihres Landes):
- In Deutschland sind 14% (<925,- Euro/Monat), In der EU-27: 79 Mio. Menschen (16%, 2009) armutsgefährdet.
- Steigende Tendenz.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 16/43

 **Armut**


Rogall 2011

Definition: wirtschaftliche Situation einer Person oder Gruppe, in der sie nicht aus eigener Kraft einen als angemessen bezeichneten Lebensunterhalt bestreiten kann.

1. Absolute Armut: Güterausstattung liegt unter dem Existenzminimum und ein Überleben in Menschenwürde ist gefährdet (internationaler Maßstab: weniger als die Kaufkraft von einem US-\$ pro Tag (ca. 1,2 Mrd. Menschen))

2. Relative Armut (nach EU) alle Einkommensbezieher, die weniger als 60% des durchschnittlichen Einkommens ihres Landes zur Verfügung haben (Dt. 2003: 938 €). Hauptursache: Arbeitslosigkeit.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 17/43

 **Ursachen von Armut**

Rogall 2011

(1) **Erwerbslosigkeit** (Hauptursache für Armut in Deutschland).
2009 waren 40% der Erwerbslosen armutsgefährdet

(2) **Niedriglöhne** (unter die Armutsgrenze 938 €, z.B. Friseurhandwerk 749 € (4,65 €/Std.) und im Bewachungsgewerbe 889 € (5,14 €/Std.), 2007 etwa 5 Mio. Menschen (ca. 17%) unter 8 €/Std.


(3) **Außergewöhnliche Belastungen** (Unterhalt, Kredite)

(4) **Stagnierende Nettorealeinkommen:** Die durchschnittlichen Netto-Real-Verdienste der Arbeitnehmer in Deutschland sind seit 1993 um 10% zurückgegangen (1993: 18.649; 2009: 16.699 € pro Jahr).

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 18/43


 **Kap. 18: Verteilungs- und Bildungspolitik**

Rogall 2011

Prof. Dr. Holger Rogall 

18.1 Einkommensverteilung
18.2 Gefahren und Ursachen ungleicher Verteilung
➔ **18.3 Theoretische Einbettung**
18.4 Institutionelle Gegebenheiten und Lohnstrategien
18.5 Staatliche Umverteilungsstrategien
18.6 Vermögensverteilung
18.7 Bildungs- und Integrationspolitik

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 19/43

 Theorien der Einkommensverteilung: (1) **Klassik**

Rogall 2011

➤ **Ehernes Lohngesetz** (Ricardo, Entwickl. zur stationären Wirtschaft):
Es existieren drei Klassen, die folgende Einkommen erhalten:
(a) **Landeigentümer**
erhalten von den Kapitalisten eine *konstante Grundrente*,
(b) **Arbeiter** erhalten Existenzlohn
(c) **Kapitalisten** (Pächter) müssen immer schlechtere Böden bewirtschaften, um Nahrungsmittel für die Arbeiter zu erzeugen.

➔ (a) Grundeigentümer erhalten konstante Grundrente (für weniger Geld verpachten sie nicht),
(b) Erträge gehen aufgrund der immer schlechteren Böden zurück,
➔ Profite sinken ➔ bis Stagnation.

➔ **Entwicklung bei Ricardo sehr pessimistisch.**

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 20/43



Theorien der Einkommensverteilung: 1. Klassik

Rogall
2011

Bewertung:

die technische Annahmen sind überholt,
heute können die ca. 2% Erwerbstätigen,
die in der deutschen Landwirtschaft arbeiten,
die gesamte Bevölkerung ernähren und sogar
noch Überschüsse erzielen.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

21/43



Verteilungstheorien: (2) Karl Marx

Rogall
2011

- Die Arbeiter erhalten nur Existenzminimum als Lohn, der aufgrund von Überproduktionskrisen ständig unter Druck steht (wie bei Ricardo).
- **Bewertung:** Wie dargestellt, ist die Arbeitswerttheorie von Marx falsch, so dass aus dieser Theorie kein tendenzieller Fall der Profitrate und der Löhne abzuleiten ist. Weniger eindeutig ist die Frage zu beantworten, ob es durch die Globalisierungsprozesse, zu einem Nivellierungsprozess nach unten kommt.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

22/43



Verteilungstheorien: (3) Neoklassik

Rogall
2011

- **Simultane Bestimmung von:**
 - (1) **Lohnhöhe** durch Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage.
 - (2) **Arbeitsangebots und Arbeitsnachfrage** durch Lohnhöhe
- Der Faktoreinsatz Arbeit wird solange ausgeweitet, wie der Mehreinsatz Gewinn verspricht. → Einkommensverteilung unterliegt keinem Entwicklungsgesetz (z.B. einer Krise), sondern den Schwankungen des Marktgeschehens.
- ➔ Der Staat sollte sich nicht in die Einkommensverteilung einmischen (Gefahr von Verzerrungen) → möglichst niedrige Sozialtransfers, weil sonst die Arbeiter nicht bereit wären, zu ausreichend niedrigen Löhnen zu arbeiten.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

23/43



Verteilungstheorien: Neoklassik

Rogall
2011

Bewertung:

Soziale Kategorien wie die Sicherung einer gerechten Verteilung oder Teilhabe finden sich in dieser Theorie nicht.
In sozial-ökologischen Demokratien hat der Staat aber die Aufgabe, für eine soziale Teilhabe (oder zumindest Armutsverhinderung) der Arbeitnehmer zu sorgen.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

24/43



Verteilungstheorien: (4) Nachhaltige Ökonomie

Rogall
2011

- Vertreter der Nachhaltige Ökonomie akzeptieren zum Teil die ökonomischen Funktionen ungleicher Einkommen.
- Sie diskutieren aber über ein angemessenes Maß, dass die Einkommen nach unten und oben begrenzen will.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

25/43



Ökonomische Funktionen ungleicher Einkommen*

Rogall
2011

Gesamtwirtschaftliche Lenkungsfunktion, Anreize:

- (1) das Arbeitskräfte in die Bereiche gehen, in denen die Nachfrage (Einkommen) höher ist, als das Angebot,
- (2) in Humankapital (Weiterbildung) zu investieren,
- (3) unangenehme Arbeiten anzunehmen,
- (4) seltene Qualifikationen effizient zunutzen

* *Völlig andere Sichtweise: Ungleiche Einkommensverteilung = Ungleiche Machtverteilung*

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

26/43



Ökonomische Funktionen ungleicher Einkommen*

Rogall
2011

Innerbetriebliche Lenkungsfunktion:

Leistungsanreize für hohe Qualität und Schnelligkeit sowie Engagement

Risikoprämie für Unternehmer und Spitzenkräfte:

für überdurchschnittlichen Zeit- und Nerveneinsatz.
Weiterhin sind ihre Unternehmen vom Risiko des Scheiterns bedroht bzw. ihre Verträge nur auf Zeit abgeschlossen.
Für dieses besondere Engagement und Risiko scheint eine Prämie gerechtfertigt.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

27/43



Gerechtigkeit

Rogall
2011

- G. ist ein Grundbegriff der Ethik, der von den verschiedensten Rechts- und Sozialphilosophen – im Zusammenhang mit einer gerechten Verteilung, gerechten Gesellschaft usw. - immer wieder neu definiert wurde.
- Für **Aristoteles** war Gerechtigkeit der Grundwert des menschlichen Zusammenlebens, für **Kant** das höchste politische Prinzip (Meyers 1998, Bd. 8: 91).

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

28/43



Formen der Verteilungsgerechtigkeit

Rogall
2011

- (1) **Egalitätsprinzip:**
(a) gleiche Einkommen, (b) gleiche Ausgangsposition (Chancengleichheit)
- (2) **Gerechtigkeit durch Mehrheitsentscheidung bei Nichtwissen:**
Chancengleichheit + Mindeststandards
- (3) **Beseitigung von Unfreiheit:** Armut, Mindeststandards ?
- (4) **Leistungsgerechtigkeit:** nach Schwere der Arbeit, Engagement
- (5) **Gerecht ist was jeder erreicht**
- (6) **Ungleichheit ist gerecht**, da hierdurch Anreize entstehen

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

29/43



Gerechtigkeit

Rogall
2011

- Im 20. Jh. hat John Rawls eine seit dem oft verwendete Definition von Gerechtigkeit präsentiert. Gerecht ist danach das, was die Mehrheit der Menschheit (bei Nicht-wissen der eigenen Lebensbedingungen) als gerecht empfindet.
- An Rawls anknüpfend definiert die Nachhaltige Ökonomie eine Gesellschaft als gerecht, in der alle Menschen die gleichen Chancen und Rechte haben ein glückliches Leben zu führen und dabei allen Mitgliedern der Gesellschaft die Menschenrechte und die Grundbedürfnisse zum Leben sichert.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

30/43



Gerechtigkeit durch Mehrheitsentscheidung - Rawls

Rogall
2011

- **Die Definition einer gerechten Gesellschaft** kann nur durch eine demokratische Entscheidung erfolgen
 - Aber Problem der Abhängigkeit von eigener Situation
 - ➔ Gedankenexperiment: niemand weiß zu welcher gesellschaftl. Schicht er gehört, in welchem Kontinent sie aufwächst usw.
 - ➔ niemand entscheidet sich für extrem ungleiche Gesellschaft (Gefahr sich in extremer Armut wiederzufinden).
 - ➔ Chancengleichheit u. sozial-ökologischen Mindeststandards
- Bewertung:** Wie hoch soll oder darf der Leistungsanreiz unterschiedlicher Einkommen sein (2x, 10x, 100x, 1000x?), wie hoch die Mindeststandards?

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

31/43



Bewertung

Rogall
2011

- Die Forderung nach einer gerechten Einkommensverteilung ist leichter aufgestellt als in der Praxis umgesetzt.
- **Ursachen:**
 - (1) Machtverhältnisse in den Gemischtwirtschaften,
 - (2) Wettbewerbsdruck der globalen Märkte,
 - (3) unterschiedlichen Definitionen, was gerechte Einkommensverteilung ist.
- ➔ **Wissenschaftlich können wir das Gerechtigkeitsproblem nur bedingt lösen, vielmehr müssen wir Werturteile über das Ziel der Gerechtigkeit hinzuziehen.**

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.3 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik


32/43

 **Kap. 18: Verteilungs- und Bildungspolitik**

Rogall 2011 Prof. Dr. Holger Rogall  Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

- 18.1 Einkommensverteilung
- 18.2 Gefahren und Ursachen ungleicher Verteilung
- 18.3 Theoretische Einbettung
- ➔ **18.4 Institutionelle Gegebenheiten, Lohnstrategien**
- 18.5 Staatliche Umverteilungsstrategien
- 18.6 Vermögensverteilung
- 18.7 Bildungs- und Integrationspolitik

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.4 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 33/43

 Akteure und institutionelle Gegebenheiten - **Arbeitsverhältnis**


Rogall 2011

Ein **Arbeitsverhältnis** kommt zustande, wenn die sog. **Arbeitgeber** (AG) und die sog. **Arbeitnehmer** (AN) einen **Arbeitsvertrag** abschließen.

➔ **Festlegung:** der Rechte des AN (Einkommen, Urlaub usw.) und seine Pflichten (Tätigkeitsprofil, Arbeitszeit usw.).

Die Verträge dürfen nicht den Bestimmungen des Arbeitsrechts u. der Tarifverträge widersprechen.


Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.4 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 34/43

 Akteure und institutionelle Gegebenheiten –**Tarifverträge**

Rogall 2011

- Ein **Tarifvertrag** regelt:
 - a) die Rechte und
 - b) die Pflichten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber.
- Vertragspartner sind Gewerkschaften u. Arbeitgeberverbände.
- In Deutschland herrscht **Tarifautonomie**, d.h. der Staat mischt sich nicht ein.
- Arten:
 - (1) *Manteltarifvertrag*,
 - (2) *Rahmentarifvertrag*,
 - (3) *Lohn- und Gehaltstarifvertrag*.


Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.4 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 35/43

 **Verhandlungsablauf bei Tarifverträgen**

Rogall 2011

- (1) Laufzeit der Lohn- und Gehaltsverträge: ein bis zwei Jahre. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände verhandeln zunächst über den neu abzuschließenden Tarifvertrag.
- (2) Kommt es zu keiner Einigung ➔ **Schlichtungsverfahren**. Beide Verhandlungspartner benennen Berater, denen ein unparteiischer Schlichter (mit Vorschlagsrecht) vorsitzt. **Arbeitskampfmaßnahmen** (Streiks und Aussperrungen, Legalität unbestritten, Art. 9 (3) GG): (a) Urabstimmungen: stimmen 75% der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer einem Streik zu, wird er durchgeführt. Die Gewerkschaftsmitglieder erhalten Streikgelder nicht Arbeitslosengeld. (b) ➔ *Schwerpunktstreiks*, (c) *Aussperrungen* (rechtlich zulässig aber Verhältnismäßigkeitsgebot).

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.4 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 36/43

 **Lohnstrategien der Gewerkschaften**


Rogall 2011

(1) Expansive Lohnpolitik zur Änderung der Einkommensverteilung:
Ziel: Erhöhung der Lohnquote (Lohnerhöhung > Produktivität 1955-1982). **Gefahr:** Lohn-Preisspirale (1970er Jahre)

(2) Produktivitätsorientierte Lohnpolitik:
Ziel: Lohnerhöhungen = Steigerung der Produktivität (zzgl. Inflationsrate) → Lohnquote bleibt konstant, keine Kostensteigerung

(3) Sicherung der Nettoeallöhne:
Ziel: Sicherung der Löhne nach Abzug der Abgaben und Inflationsrate (seit 1990er J. nicht mehr erreicht).


Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 37/43

 **Gesamtwirtschaftliche Produktivitäts- u. Lohnentwicklung**

Durchschnitt der Jahre	1. Arbeitsproduktivität *	2. Preissteigerungen	3. Summe 1.+2.	4. Bruttoeinkommen**	Differenz 4.-3.
1960-1969	4,4	2,5	6,9	7,8	+0,9
1970-1979	2,9	4,9	7,8	8,5	+0,7
1980-1989	1,0	2,9	3,9	3,5	-0,4
1990-1999	1,8	2,4	4,2	3,6	-0,6
2000-2009	#				

Quelle: BMGS 2010: 1.7, 6.1, 1.12; BMAS 1992:1.7, 6.9,1.12
 * BIP je Erwerbstätigen, ** Steigerung der Bruttoarbeitnehmerentgelte

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 38/43

 **Bewertung**

Rogall 2011

Seit den 1980er J. können die Gewerkschaften in Deutschl. die Lohnstrategien nicht mehr durchsetzen. Mit der Zunahme der Massenarbeitslosigkeit, der Verschärfung der Wettbewerbssituation durch die Globalisierungsprozesse und der Dominanz neoliberaler Ansichten hat sich die gesellschaftl. Machtverteilung stark zu Gunsten der Kapitaleigner verschoben. Selbst die Nettoealverdienste konnten die Gewerkschaften zwischen 1980 u. 1985 sowie 1994 und 2009 nicht sichern. Das verstärkt die Gefahr einer Deflation. Keynesianer und Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie fordern daher eine Lohnpolitik, die sich an den gesamtwirtschaftl. Produktivitätssteigerungen (plus Inflationsausgleich) orientiert.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 39/43

 **Kap. 18: Verteilungs- und Bildungspolitik**

Rogall 2011

Prof. Dr. Holger Rogall 

18.1 Einkommensverteilung
 18.2 Gefahren und Ursachen ungleicher Verteilung
 18.3 Theoretische Einbettung
 18.4 Institutionelle Gegebenheiten, Lohnstrategien
 → 18.5 Staatliche Umverteilungsstrategien
 18.6 Vermögensverteilung
 18.7 Bildungs- und Integrationspolitik

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.4 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 40/43



Staatliche Umverteilungsstrategien: Erstens **Steuern**

Rogall
2011

- (1) **Einkommenssteuern** werden nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip mit progressiven Steuersätzen erhoben (d.h. der Grenzsteuersatz steigt mit steigendem Einkommen von 15% Einstiegssteuersatz in Deutschland auf 42%). Dämpfung durch: (1) Sozialabgaben nur bis Beitragsbemessungsgrenze (5.200 € für Rentenbeiträge, 3.525 € für Krankenkassenbeiträge). (2) Steuersparmodelle.
- (2) **Kapitalertragssteuer**: Z.Z. Abgeltungssteuersatz von 25%.
→ Kapitaleinkünfte werden besser gestellt als andere Einkunftsarten, z.B. Arbeitnehmereinkommen, bei denen der Spitzensteuersatz (inkl. „Reichensteuer“) 45% beträgt.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

41/43



Staatliche Umverteilungsstrategien: Erstens **Steuern**

Rogall
2011

- (3) **Grundsteuer auf Immobilien**: Die Grundsteuern sind relativ moderat.
- (4) **Erbschaftssteuern**: in Deutschl. sehr gering.
- (5) **Vermögenssteuern**: wurde 1996 abgeschafft (Bargeld - Immobilien).
- (6) „**Wertzuwachssteuern – Spekulationssteuern**“: Für den Wertzuwachs von Immobilien muss (nach 10 J.) keine Steuer entrichtet werden.
- (7) **Indirekte Steuern** (z.B. Umsatzsteuern): Geringverdiener geben einen höheren Anteil ihres Einkommens für Konsumgüter aus als Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen,

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

42/43



Bewertung

Rogall
2011

Die Steuerpolitik eines Landes ist alles andere als verteilungspolitisch neutral. Immerhin führt das Deutsche Steuersystem dazu, dass die 10% einkommensstärksten 52% des Einkommenssteueraufkommens zahlen und die unteren 50% der Einkommensbezieher 6%.

Wenn die Regierungen ihre Steuerpolitik noch verteilungsgerechter gestalten wollen, geraten sie regelmäßig in Zielkonflikte. Sie werden von Unternehmen und der veröffentlichten Meinung stets unter Druck gesetzt, die Steuerquoten für Unternehmen zu senken, um für Investoren interessanter zu werden.

Um die verteilungspolitische Ungleichheit nicht noch zu steigern, erhöhen die Regierungen dann die Grundfreibeträge und senken die Einstiegssteuersätze. Mit dieser Politik sorgen sie für immer weiter zunehmende Haushaltsungleichgewichte mit der Folge immer größerer Staatsverschuldung.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

43/43



Staatliche Umverteilungsstrategien: Zweitens **Transfers**

Rogall
2011

Zahlung von Sozialtransfers an die privaten Haushalte. Hierunter werden alle Geldzahlungen des Staates an die Haushalte aus sozialpolitischen Gründen gezählt. Z.B. Kindergeld, Wohngeld, Grundsicherung, Bafög.

Bewertung: Die Sozialausgaben sind seit den 1950er Jahren relativ stetig gestiegen, und stellen heute den größten Einzelposten des Haushalts dar.

Insbesondere von neoliberalen Autoren, wird seit Jahren über die negativen Leistungsanreize geklagt, wenn z.B. ein Niedriglohnbezieher weniger Geld verdient als ein Hartz-IV-Empfänger mit zwei Kindern. Aber spricht dies nicht eher für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes?

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

44/43



Staatliche Umverteilungsstrategien: Drittens Mindestlöhne

Rogall
2011

Anders als in der Mehrzahl der OECD-Staaten existiert in Deutschland kein allgemeingültiger Mindestlohn:

Gegen die Einführung:

M. sind entweder zu niedrig → der Schutzeffekt tritt nicht ein, oder zu hoch → Arbeitsplätze werden vernichtet, da die Unternehmen zu diesen Löhnen viele Arbeitsplätze nicht besetzen würden.

Befürworter: Mit einer Belebung der Inlandsnachfrage kann nur gerechnet werden, wenn die niedrigen Einkommen steigen und die Menschen ihre Sorge vor der wirtschaftlichen Zukunft verlieren. Weiterhin sind sie wichtiges Mittel gegen Einkommensungleichheit und relative Armut.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

45/43



Bewertung

Rogall
2011

- Heute liegen zu dieser Frage zahlreiche empirische Studien vor:
 - für Einstellungen und Entlassungen sind andere Faktoren entscheidender als die Lohnhöhe.
- Wenn die Unternehmen die Lohnerhöhungen als Impuls für Qualifikations- und Effizienzsteigerungen nutzten wächst die Beschäftigung statt abzunehmen.
- Eine Befragung Ende 2009 kam zu dem Ergebnis, dass 70% der Deutschen Bevölkerung für die Einführung von Mindestlöhnen aussprechen

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

46/43



Staatliche Umverteilungsstrategien: Viertens meritorische Güter

Rogall
2011

Der Staat kann Einkommensungleichheiten in ihren Auswirkungen vermindern, indem er meritorische Güter kostenlos oder preislich subventioniert allen Gesellschaftsmitgliedern zur Verfügung stellt

Bewertung: Die Steigerung der Qualität von öffentlichen Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Bibliotheken, Schwimmbädern und anderen Kultureinrichtung kommt insbesondere den unteren 80% Einkommensbezieher zu gute, da sie sich eine private Finanzierung dieser Gütern nicht leisten können

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

47/43




Fünftens Finanzierung der Sozialabgaben durch Steuern


Rogall
2011

- Pro:** (1) Der Anreiz eine Normalbeschäftigung anzustreben würde erhöht, die Neigung sich dem Sozialversicherungsnetz zu entziehen vermindert
(2) Der Anreiz der Arbeitgeber Normalbeschäftigungsverhältnisse in Minijobs umzuwandeln würde vermindert
- Contra:** (1) Im Zuge des Umbaus könnte es zu einer deutlichen Absenkung der Sozialstandards kommen und am Ende nur noch eine Minimalsicherung übrig bleiben.
(2) Eine deutliche Senkung (alles andere hätte keine positiven Auswirkungen) würde massive Steuererhöhungen zur Folge haben müssen (Erhöhung der Steuersätze und Mehrwertsteuer). Daher müsste diese Reform mit der Einführung einer Bürgerversicherung für alle und der Ökologisierung des Finanzsystems einhergehen

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

48/43

 **Kap. 18: Verteilungs- und Bildungspolitik**

Rogall 2011 Prof. Dr. Holger Rogall  Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

- 18.1 Einkommensverteilung
- 18.2 Gefahren und Ursachen ungleicher Verteilung
- 18.3 Theoretische Einbettung
- 18.4 Institutionelle Gegebenheiten, Lohnstrategien
- 18.5 Staatliche Umverteilungsstrategien
- ➔ **18.6 Vermögensverteilung**
- 18.7 Bildungs- und Integrationspolitik

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.4 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 49/43


 **Globale Verteilung**

Rogall 2011

Das Bruttogeldvermögen der Wohlhabenden 50 Staaten betrug 2009 82,23 Billionen Euro (ohne Immobilienvermögen und Rentenanwartschaften). Die Verteilung war sehr unterschiedlich:

- (1) Nordamerika: 34 Bill. € (41% des Weltvermögens, pro Kopf 98.000 €),
- (2) Westeuropa: 25 Billionen € (30% des Weltv., pro Kopf 62.000),
- (3) Asien: 19 Billionen € (23% des Weltvermögens, pro Kopf 6.000 €),
- (4) Lateinamerika: 1,5 Bill. € (2% des Weltvermögens, pro Kopf 4.000 €),
- (5) Osteuropa: 1,2 Billionen € (1,5% des Weltvermögens, pro Kopf 3.000 €)

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 50/43

 **Vermögen in Deutschland**

Rogall 2011


Auch in Deutschland nimmt das Geldvermögen seit Jahrzehnten tendenziell zu (das Krisenjahr 2008 lassen wir außen vor).
2007: 6,6 Billionen € (etwa 88.000 € pro Kopf).

Ungleiche Vermögensverteilung nimmt tendenziell zu, Z.B. verfügen die 10% vermögensreichsten verfügen über fast zwei Drittel des Vermögens, 66% der vermögensärmsten verfügen über kein (vernachlässigbares) Vermögen.

Hierdurch liegt der mittlere Wert (Median) nur 15.000 €.

Hinzu kommen die Betriebsvermögen (im Durchschnitt 275.000 Euro in den alten Ländern), über die ca. 6% der deutschen Haushalte verfügen.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 51/43

 **Bewertung**

Rogall 2011

In gemischtwirtschaftlichen Systemen kann aufgrund des Eigentumsrechts (in Deutschland Art. 14 GG) eine *Umverteilung der Vermögen* nur mittels Steuern erfolgen (z.B. Vermögenssteuer).

Eine staatliche Umverteilung der Vermögen findet aber nur in wenigen Ländern statt. Die Staaten, die eine Politik der Vermögensumverteilung betreiben, versuchen dies durch die Umverteilung der wirtschaftlichen Zuwächse zu erreichen.

Eine andere Form stellt das deutsche Vermögensbildungsgesetz dar, bei dem der Staat Prämien für bestimmte Sparformen zahlt. Eine echte Vermögensumverteilung kann hierdurch natürlich nicht erreicht werden


Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 52/43

 **Kap. 18: Verteilungs- und Bildungspolitik**

Rogall 2011 Prof. Dr. Holger Rogall  Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

- 18.1 Einkommensverteilung
- 18.2 Gefahren und Ursachen ungleicher Verteilung
- 18.3 Theoretische Einbettung
- 18.4 Institutionelle Gegebenheiten, Lohnstrategien
- 18.5 Staatliche Umverteilungsstrategien
- 18.6 Vermögensverteilung
- ➔ **18.7 Bildungs- und Integrationspolitik**


Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.4 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 53/43

 **Bedeutung**

Rogall 2011

- Ein hoher Bildungs- und Wissenschaftsstandard kann als notwendige Bedingung einer dauerhaften Wettbewerbsfähigkeit eines Landes angesehen werden, es stellt damit ein wichtiges ökonomisches Zwischenziel dar.
- Weiterhin ist ein hoher öffentlicher Bildungs- u. Wissenschaftsstandard eine der zentralen Faktoren für einen angemessenen Wohlstand, die soziale Integration und gerechte Lebenschancen in einer Gesellschaft. Nach dem intragenerativen Gerechtigkeitsprinzip und dem Gleichheitsgrundsatzes des Grundgesetzes (Art. 3 GG) ist es das Ziel für alle Menschen die gleichen Bildungschancen durchzusetzen. Die Realität in Deutschland ist davon aber noch weit entfernt.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 54/43

 **Trends in Deutschland**


Rogall 2011

(1) Bildungsausgaben:

- Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP ist von 6,8% (1995) auf 6,2% (2008) gesunken.
- Die öffentlichen Bildungsausgaben betragen 2007 4,7% des BIP, der OECD-Durchschnitt lag bei 5,7%. Die höchsten Anteile erreichten Island (7,8%), die USA (7,6%), und Dänemark (7,1%)

Bewertung: Mit seinen Bildungsausgaben liegt Deutschland am untersten Ende aller OECD-Staaten, nur die Transformationsstaaten Tschechische Republik und die slowakische Republik sowie Italien und Irland haben noch niedrigere Quoten.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 55/43

 **Trends in Deutschland**


Rogall 2011

(2) Ausgangssituation im Elternhaus:

Jedes sechste Kind lebt in relativer Armut (50% unter dem durchschnittlichen Haushaltseinkommen), das ist eine höhere Quote als der OECD-Durchschnitt.

In Dänemark z.B. ist nur jedes 37. Kind hiervon betroffen, obgleich hier wie in den anderen skandinavischen Ländern die öffentlichen Mittel weniger an die Familien direkt ausgezahlt werden, als vielmehr für die Finanzierung von Sachleistungen (Kitas, Ganztagschulen usw.) verwendet werden.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 56/43

 **Trends in Deutschland**

Rogall
2011

(3) **Bildungsniveau:**

(a) **Vorschulische Bildung:** positive Tendenz

(b) **Abschlussquoten:** Ohne Hauptschulabschluss (7,5%), Hauptschule (ca. 28%), Mittlerer Abschl. (51%), Fachhochschulreife (14%), allgemeine Hochschulreife (32%)

(c) **Hochschulstudium und Abschluss:** 26% (1995) auf 36% (2008)

Bewertung: Deutschland hat eine der geringsten Studienanfängerquoten aller OECD-Staaten, nur die Schwellenländer Mexiko und die Türkei sowie Belgien haben noch niedrigere Quoten.

(d) **Ohne beruflichen Abschluss:** Die Quote eines Jahrganges die keinen beruflichen Abschluss erreicht hat (und damit zu den Problemgruppen gehört), nimmt zu (2008: 11,8%) .

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 57/43

 **Trends in Deutschland**

Rogall
2011

(4) **Verhältnis von Bildungsabschluss und Erwerbstätigkeit:**

Je höher der Bildungsabschluss desto höher die Erwerbstätigenquote in der OECD. 84,5% der Personen mit Tertiärabschluss (Hochschul-, Meister- oder vergleichbaren Abschluss) sind Erwerbstätig. Personen mit niedrigem Bildungsstand kommen auf 58,7%.

(5) **Verhältnis von Bildungsabschluss und Einkommen:**

Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich zwischen Bildungsabschluss und Einkommen. In Deutschland liegen die Einkommen der 25- bis 64-Jährigen mit einem Abschluss im Tertiärbereich bei den Frauen 58% bei Männern 63% über den Einkommen der Erwerbstätigen mit einem Sekundärbereich II

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 58/43

 **Trends in Deutschland**


Rogall
2011

(6) **Chancengleichheit:** Kinder deren Eltern zu dem obersten Viertel der Einkommensbezieher gehören haben in Deutschland eine sechsmal größere Chance ein Gymnasium zu besuchen als Kinder aus dem zweiten Viertel.

Menschen mit Migrationshintergrund haben deutlich schlechtere Chancen einen Sekundärabschluss II. oder Tertiärenabschluss zu erwerben als der Durchschnitt.

Bewertung: Diese Ungleichheit soweit wie möglich zu beseitigen, gehört zu den wichtigen Zielen des Staates und ist ethisch begründet. Darüber hinaus sprechen aber auch wirtschaftliche Gründe und das Ziel der inneren Sicherheit und Stabilität für die materielle Durchsetzung der Gleichberechtigung und Chancengleichheit.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 59/43

 **Zwischenfazit**

Rogall
2011

Der Zusammenhang zwischen hohem **Bildungsausgaben** und **Bildungsabschlüssen** zu Erwerbstätigenquote, Einkommen, und Wohlstand ist empirisch gesichert.

Deutschland befindet sich bei fast allen Bildungsindikatoren in den schlechtesten 10% der OECD. Ursache: Familien werden durch Transfers gefördert, statt Kinderbetreuung und Ganztagschulen (inkl. Essen)

Als die wichtigsten Bereiche sehen wir Gleichberechtigung der Geschlechter (inkl. der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit), Chancengleichheit für Kinder aus sozial schwachen Familien und Migranten, die Integration von Behinderten. Der entscheidende Schlüssel zur Zielerreichung ist die Bildung vom frühesten Alter an.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik 60/43



Fazit

Rogall
2011

- (1) In den ersten drei Jahrzehnten nach dem II. Weltkrieg galt eine gerechtere Einkommensverteilung in den Sozialstaaten Europas als ein wichtiges Ziel, das auch von der Mehrheit der Ökonomen vertreten wurde.
- Diese Situation hat sich grundlegend geändert.
- Seit einigen Jahren nimmt die Einkommens- und Vermögensungleichheit zu, ohne dass es zu einer öffentlichen Debatte über Gegenmaßnahmen kommt.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

61/43



Fazit

Rogall
2011

- (2) Mit dieser Entwicklung folgt Europa (vor allem Deutschland) den USA, in denen die Realeinkommen der fünf Prozent am besten verdienenden Haushalte zwischen 1979 und 2006 um 87 Prozent stiegen, während die ärmsten 5 Prozent *keinen* realen Einkommenszuwachs hatten. Das Vermögen der 400 reichsten US-Bürger, stieg real von 483 Mrd. US\$ (1995) auf 1.540 Mrd. US\$. Damit besitzen die 400 reichsten Familien in den USA ein deutlich höheres Vermögen als die 2.338 Mio. Menschen in den Ländern mit niedrigem Einkommen (2004: 1.184 Mrd. US\$).
- Bewertung:** Diese Entwicklung verstößt fundamental gegen das intragenerative Gerechtigkeitsprinzip und sorgt für eine zunehmende Instabilität.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

62/43



Fazit

Rogall
2011

- In den vergangenen 30 Jahren war die neoliberale Position, die nichts gegen diese Entwicklung einzuwenden hat, so dominant, dass mit einer kurzfristigen Änderung nicht zu rechnen ist.
 - Langfristig ist aber eine zunehmende Einkommensungleichheit (mit wachsender Armut) mit einer Reihe von Problemen und ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Gefahren verbunden.
- Sie ist nicht Zukunftsfähig.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

63/43



Fazit

Rogall
2011

- (1) Eine arbeitsteilige Gesell. kann nicht auf finanzielle Anreize verzichten
 - (2) Ungleichheit führt zur Armut breiter Bevölkerungskreise
- Es geht darum, einen gerechten Ausgleich zwischen Leistungsgerechtigkeit und egalitärer Verteilungsgerechtigkeit zu finden. Eine einfache Formel existiert hierfür nicht. Das Ausmaß von sozialen Mindeststandards (z.B. Sozialhilfe, Kindergeld, Steuergerechtigkeit, ausreichende meritokratische Güter usw.) und progressiver Besteuerung werden in einer Demokratie durch die Wahl von Parteien mit ihren Programmen festgelegt. Da die nationalen Handlungsspielräume immer enger werden, führt kein Weg an europäischen Lösungsstrategien vorbei.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 18.1 VWL 18: Verteilungs- und Bildungspolitik

64/43



Quellen

Rogall
2011

- Bajohr, St. (2007): Grundriss staatlicher Finanzpolitik, Opladen.
- Baßeler, U.; u.a. (2010): Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft, Stuttgart.
- Koch, W.; Czogalla, Ch. (2008): Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Stuttgart.
- Rogall, H. (2011): Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre, Marburg

